

Knapp sechs Millionen bleiben noch vom Sparpaket übrig

Der Landrat hat gestern ein Bündel von Sparmassnahmen für den Kanton verabschiedet. Dabei hat er das schon von der Kommission abgepackte Sparpaket noch weiter verkleinert.

Von Claudia Kock Marti

Glarus. – Kommissionspräsident Thomas Kistler (SP, Niederurnen) darf zufrieden sein. Die Finanzkommission, welche die 109 von einem externen Büro und von der Regierung vorge schlagenen Sparmassnahmen gründlich bereinigt hatte, hat bis auf drei ihre Anträge durchgebracht. Abgelehnt hat der Landrat als grössten Brocken die Massnahme, den Steuereinzug den Gemeinden zu verrechnen. Damit bleiben zuletzt noch rund 5,9 Millionen Franken, die der Landrat einsparen will, so etwa beim Kantonsspital eine Million (siehe unten).

Im Grundsatz grosse Einigkeit

Auf das Sparpaket einzutreten, war bei den Parteien unbestritten. Hans Luchsinger (SVP, Nidfurn) erklärte, dass seine Partei die Sparmassnahmen im Grundsatz unterstütze. Karl Stadler (Grüne, Schwändi) betonte, es sei wichtig, die Ressourcen richtig einzusetzen. Kaspar Becker (BDP, Ennenda) erklärte, dass die Standortattraktivität aber nicht leiden dürfe. Sparen in der Verwaltung sei in erster Linie eine Führungsaufgabe. Mit der Vorlage würden auch die Grenzen einer externen Expertise aufgezeigt.

Auch die vorbereitende Kommission hatte festgestellt: Verschiedene Vorschläge seien keine Sparmassnahmen, andere seien bereits umgesetzt oder unmöglich.

Jacques Marti (SP, Sool) erklärte, die SP sei dem Paket grundsätzlich ablehnend gegenüber gestanden. Nach der intensiven Überprüfung durch die vorbereitende Kommission bleibe aber nicht mehr viel übrig. Seine wichtigste Erkenntnis laute wie folgt: «Wenn eine



Ratsneuling 1: Andrea Fäs stellt Fragen zur Beitragskürzung an das Kantonsspital.

Bild Daniel Fischli

Zitrone bereits ausgepresst ist, dann kommt mit Kraft allein auch nicht mehr viel Saft heraus.»

Finanzverantwortung wahrnehmen

Finanzdirektor Rolf Widmer erläuterte die aus seiner Sicht wichtigsten Ergebnisse der Effizienzanalyse. Sie habe den Beweis erbracht, dass der Kanton bereits eine effiziente, kostengünstige Verwaltung besitze. Sie sei ein Instrument, intern Verwaltungsabläufe noch effizienter zu machen. Ein begrenztes Effizienzpotenzial zu haben, bedeute aber auch, in Zukunft nur noch sparen zu können, indem man Leistungen abbau. Oder es müssten die Steuern erhöht oder Schulden gemacht werden. Sparen sei schmerzhaft. Die finanzpolitische Verantwortung sei aber wahrzunehmen. Dies,

nachdem der Kanton neue Aufgaben, etwa bei der Polizei oder mit der Schulsozialarbeit, erfüllen müsse. Zudem fielen frühere Bundeseinnahmen weg. Dann gebe es neue Belastungen zu tragen, etwa die Spitalfinanzierung, ein Prozent weniger Steuereinnahmen zugunsten der Gemeinden oder die Krippenfinanzierung.

Mit der Effizienzanalyse liege ein umfangreiches Paket an Massnahmen vor, worin auch zahlreiche in die alleinige Kompetenz der Regierung fielen, so Widmer. Wobei er anfügte, was das bedeutet: «Über diese entscheiden wir» – und nicht der Landrat.

Paket zuletzt einmütig verabschiedet

Nach rund dreieinhalbstündiger Debatte war das Paket im Sinne der Anträge der Finanzkommission – abge-

hen vom Steuerinkasso, der Dienstjubiläen und der Alimentenbevorschussung – geschnürt. Ja sagte der Landrat auch zur Umwandlung von befristeten, nicht projektbezogenen Stellen in unbefristete Stellen.

Die FDP-Motion «Anpassung der kantonalen Strukturen aufgrund der Strukturreform der Gemeinden» konnte zugleich als erledigt abgeschrieben werden. Ebenso das SVP-Postulat «Prozessanalyse». Die Analyse sei wichtig gewesen, so Martin Laupper (FDP, Näfels) dazu. Nach der Gemeindefusion hätten sich viele Leute gefragt, ob es durch sie nicht auch Einsparungen auf Kantonsebene gebe. Nun habe man Antworten. Die Verwaltung sei schlank – mit gewissen Spielräumen zum Sparen.

KOMMENTAR 5. SPALTE

KOMMENTAR

JETZT IST DIE ZITRONE AUSGEPRESST

Von Daniel Fischli

Die so genannte «Effizienzanalyse light» ist nicht das erste Sparprogramm, mit dem sich die Glarner Politik beschäftigt. Aber es ist – und es wird damit seinem Namen gerecht – das leichtgewichtige. So hat etwa vor gut zehn Jahren die Regierung ein Sparpaket vorgelegt, welches Einsparungen von sage und schreibe um die 30 Millionen Franken vorsah. Einzelne Massnahmen daraus sollten Erleichterungen von bis zu 3,4 Millionen Franken bringen. Jetzt hätte die gewichtigste von der Regierung vorgeschlagene Sparmassnahme noch 1,28 Millionen bringen sollen, und das gesamte Sparpotenzial schätzt der Landrat auf noch knapp sechs Millionen Franken ein. Und anders als vor zehn Jahren haben gestern auch bürgerliche Landräte gegen einzelne Sparvorschläge der Regierung gestimmt und sie damit gekippt.

Dies zeigt, dass die Zitrone Kanton nach dieser Sparrunde ausgepresst ist. Weitere Sparmassnahmen würden an die Substanz gehen und einen spürbaren Abbau der Leistungen bedeuten. Nun sind aber mit der «Effizienzanalyse light» die Aussichten der Kantonsfinanzen noch nicht rosig. Die vom Landrat gutgeheissenen sechs Millionen Franken Einsparungen entsprechen nämlich ziemlich genau dem, was die Regierung in ihrer Finanzplanung für die nächsten Jahre bereits vorgesehen hat. Und diese Planung prognostiziert trotzdem immer noch rote Zahlen.

Dazu kommt, und davor hat gestern Finanzdirektor Rolf Widmer gewarnt, dass der Finanzausgleich des Bundes unter Druck geraten ist. Falls der Kanton Glarus aus diesem Topf in Zukunft weniger beziehen könnte, wären selbst laut dem sparsamen Rolf Widmer Steuererhöhungen «unumgänglich». Andere Ostschweizer Kantone und selbst Steueroasen wie Schwyz mussten bereits zu diesem Mittel greifen. Es ist absehbar, dass auch im Kanton Glarus die Zeit der tiefen Steuern vorbei ist.

dfischli@suedostschweiz.ch

Diese Massnahmen sorgen für Diskussionen

Von den 109 Sparmassnahmen haben einige zu reden gegeben: Anders als beantragt, beschliesst der Landrat beim Steuereinzug, bei den Dienstjubiläen und bei der Alimentenbevorschussung.

Von Claudia Kock Marti

Glarus. – Zu denjenigen Massnahmen, bei denen sich Finanzkommission und Regierung einig waren (Ausgabe von Montag), gab es im Landrat gestern keine Wortmeldungen. So zum Beispiel zu den 900 000 Franken, die durch eine realistischere Budgetierung beim baulichen Unterhalt «gespart» werden sollen. Oder zu der halben Million, welche die Kantonsschule auf Geheiss der Regierung ohne Angebotsreduktion einzusparen plant. Diskussionen gab es aber etwa zu folgenden Massnahmen:

▪ **Verrechnung Steuerinkasso:** Thomas Hefti (FDP, Schwanden) – unterstützt von anderen Landräten – stellte den Ablehnungsantrag. Das Steuerinkasso den Gemeinden zu verrechnen, sei zu verwerfen. Von den 1,3 Millionen Franken, die der Kanton dadurch sparen wolle, habe der Steuerzahler nichts, weil die Kosten von den Gemeinden via Steuern eingefordert würden. An der Landsgemeinde 1999 habe die Regierung versprochen, dass der zentrale Steuereinzug für die Gemeinden unentgeltlich bleibe. Fridolin

Staub (SVP, Bilten), unterstützt von Heinrich Schmid (SVP, Bilten), votierte für den Kommissions- und Regierungsantrag. Die Landsgemeinde solle entscheiden. Der Landrat beschloss, die Massnahme abzulehnen.

▪ **Kantonsspital:** Die Streichung von einer Million Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen des Kantonsspitals ist der zweitgrösste Brocken im Sparpaket. «Werden im Spital Leistungen gekürzt, und wie kommt der Betrag von einer Million zustande?», wollte Andrea Fäs-Trümmer (CVP, Ennenda) wissen. Und Ruedi Schwitler (GLP, Näfels) beantragte Rückweisung, um keine Katze im Sack kaufen zu müssen. Der Finanzdirektor erklärte, dass das Spital erfolgreich arbeite, einen Jahresgewinn von einer halben Million Franken ausweise und Rückstellungen von über 2,5 Millionen Franken getätigt habe. Die Abgaben des Kantons seien hingegen zu hoch. Mit grosser Mehrheit beschloss der Landrat, diese Million einzusparen.

▪ **Dienstjubiläen:** Die Regelung bei den Dienstaltersgeschenken soll geprüft werden. Diese seien im Vergleich zu anderen Kantonen sehr grosszügig, so der Finanzdirektor. Er versicherte zugleich, sie würden nicht abgeschafft. Die Kommission hatte wegen der relativ tiefen Löhne im Kanton davon absehen wollen.

▪ **Sportschule:** «Etwas Schlankeres als die Sportschule gibt es nicht», sagte Martin Landolt (BDP, Näfels), un-

terstützt von Rolf Blumer (SVP, Glarus). Man solle nicht nochmals 50 000 Franken beim Beitrag an die Sportschule sparen. Die Mehrheit des Landrates beschloss, von der Beitragsreduktion abzusehen.

▪ **Alimentenbevorschussung:** Im Vergleich mit den anderen Kantonen kennt Glarus bei der Alimentenbevorschussung die längste Rückwirkung. Die Kommission lehne die Verkürzung ab, weil damit die Schwächsten



Ratsneuling 2: Ruedi Schwitler will beim Sparen keine Katze im Sack kaufen.

Bild Daniel Fischli

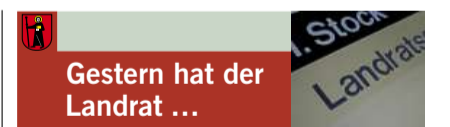
benachteiligt würden, so Thomas Kistler. Mit 29 zu 27 Stimmen beschloss der Landrat trotzdem, eine neue Verordnung ausarbeiten zu lassen.

▪ **Energiefonds:** Mit 34 zu 21 Stimmen beschloss der Landrat im Sinne der Finanzkommission, den Energiefonds weiterhin jährlich zu öffnen. Dies nicht mehr zu tun, sei nicht nachhaltig, argumentierte Priska Müller (Grüne, Niederurnen). Fridolin Staub (SVP, Bilten) unterstützte dagegen den Antrag der Regierung.

▪ **Schulgesundheits:** Hansruedi Forrer (SP, Luchsingen) und Marco Hodel (CVP, Glarus) setzten sich dafür ein, bei der schulärztlichen Kontrolle nicht zu sparen. Der Landrat befürwortete aber im Sinne von Regierung und Kommission die Erarbeitung eines neuen Konzeptes mit den Ärzten.

▪ **Naturmuseum Engi:** Die Regierung beantragte, die naturwissenschaftlichen Sammlungen sofort zu schliessen. Rolf Hürlimann (FDP, Schwanden) und Fredo Landolt (CVP, Näfels) unterstützten die Kommissionsempfehlung, zuerst seien Alternativen zu prüfen. Die Mehrheit des Landrates schloss sich dieser Meinung an.

▪ **Mütter- und Väterberatung:** Renata Grassi Slongo (SP, Niederurnen) und Marco Hodel (CVP, Glarus) empfahlen der Regierung, auf eine zehnprozentige Beitragskürzung an die ohnehin in schlanken Strukturen arbeitende Organisation zu verzichten. Der Landrat unterstützte diese Empfehlung.



▪ Mathias Vögeli (BDP, Rüti) vereinigt, der an der ersten Sitzung nach den Wahlen nicht anwesend war; die Effizienzanalyse «light» beraten.

Rat-Schlag

Ein Landrat konnte sich gestern in seinem Votum nicht entscheiden, ob es «Mütterinnen- und Väterberatung» oder Mütter- und Väterinnenberatung heissen muss.

Rat-Schlag: Die sprachliche Gleichberechtigung der Geschlechter nicht all zu stark übertreiben. Dafür könnte man die gesellschaftliche durchaus noch weiter voranbringen. (df)